

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

VORLÄUFIG
2006/2078(INI)

30.6.2006

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

mit einer Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zur Bekämpfung des Menschenhandels - ein integriertes Vorgehen und Vorschläge für einen Aktionsplan
2006/2078(INI)

Verfasserin der Stellungnahme: Maria Carlshamre

(*) Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Ausschüssen – Artikel 47 der Geschäftsordnung

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- unter Hinweis auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union¹, und insbesondere auf Artikel 3, wo das Recht auf Unversehrtheit der Person und das Verbot, den menschlichen Körper und Teile davon als solche zur Erzielung von Gewinnen zu nutzen, verankert sind,
- unter Hinweis auf den Jahresbericht des amerikanischen Außenministeriums (US State of Department "Trafficking in Persons Report 2005"²),
- unter Hinweis auf den Bericht der schottischen Regierung "A Critical Examination into Responses to Prostitution in Four Countries: Victoria - Australia, Ireland, the Netherlands and Sweden"³(2004),
- unter Hinweis auf die TransCrime Study 2005, finanziert vom Europäischen Parlament zum Thema „National Legislation on Prostitution and the Trafficking in Women and Children“⁴,
- unter Hinweis auf den Bericht des US-Außenministerium "The link between prostitution and sex trafficking"⁵ (2004),
- unter Hinweis auf den Bericht der International Organisation for Migration "Is Trafficking in Human Beings Demand Driven? A Multi-Country Pilot Study"⁶ (2003),
- unter Hinweis auf die Berichte von Amnesty International (2004), Anti-Slavery International (2004)⁷, Human Rights Watch (2002)⁸ und Pomodoro (2001)⁹;
- unter Hinweis auf den Bericht der ECPAT Europe Law Enforcement Group "Trafficking

¹ ABl. C 364 vom 18.12.2000.

² US Department of State (2005), <http://www.state.gov/g/tip/rls/tiprpt/2005/>

³ http://www.glasgow.gov.uk/en/YourCouncil/PolicyPlanning_Strategy/Corporate/Equalities/Women/Prostitution.htm

⁴ <http://www.carlshamre.net/images/stories/study.pdf>

⁵ US Department of State (2004),

http://www.humantrafficking.org/countries/eap/united_states/news/2005_05/tip_factsheet_response.html.

⁶ International Organisation for Migration (2003),

http://www.iom.int/DOCUMENTS/PUBLICATION/EN/mrs_15_2003.pdf

⁷ Amnesty International and Anti-Slavery International's (2004), "Enhancing the Protection of the Rights of Trafficked Persons: Amnesty International and Anti-Slavery International's Recommendations to strengthen provisions of the July 2004 draft European Convention against Trafficking in Human Beings

<http://web.amnesty.org/library/index/engior610162004>

⁸ Human Rights Watch (2002), "A Human Rights Approach to the Rehabilitation and Reintegration into Society of Trafficked Victims", paper presented by Widney Brown, Human Rights Watch 21st Century Slavery - The Human Rights Dimension to Trafficking in Human Beings" Conference in Rome, Italy on May 15-16

<http://www.hrw.org/backgrounder/wrd/trafficked-victims.htm>

⁹ Pomodoro, L. (2001), "Trafficking and sexual exploitation of women and children", in P. Williams and D. Vlassis (eds) Combating transnational crime: Concepts, activities and responses, Frank Cass, London.

in Children for Sexual Purposes From Eastern Europe to Western Europe"¹ (2001),

- A. in der Erwägung, dass das Palermo-Protokoll unterstreicht, dass der entscheidende Teil der Definition von illegalem Handel nicht die Verbringung von einem Ort zu einem anderen ist, sondern die Absicht einer Ausbeutung,
- B. in der Erwägung, dass der Bericht des US-Außenministeriums "Trafficking in Persons Report 2005" gezeigt hat, dass von den schätzungsweise 600 000 bis 800 000 jährlichen Opfern des Menschenhandels ca. 80% Frauen und Mädchen sind,
- C. in der Erwägung, dass der ILO-Bericht 2005² schätzt, dass 98% der zur sexuellen Ausbeutung mißbrauchten Opfer des Menschenhandels Frauen und Mädchen sind,
- D. in der Erwägung, dass der Bericht der schottischen Regierung aus dem Jahre 2004 über Prostitution auf der Grundlage eines Vergleichs der Prostitutionspolitik in Schweden, Australien, Irland und den Niederlanden gezeigt hat, dass die Legalisierung der Prostitution zu einer Zunahme des organisierten Verbrechens, einem Anstieg des sexuellen Missbrauchs von Kindern, einer Zunahme der Gewalt gegen Frauen und einem erheblichen Anstieg der Zahl der ausländischen Frauen und Mädchen führt, die durch Menschenhandel in die Region gelangen,
- E. in der Erwägung, dass laut der TransCrime Studie 2005 Anlass zu der Annahme besteht, dass die schwedischen Gesetze, die den käuflichen Erwerb eines Körpers zu sexuellem Gebrauch als Straftat einstufen, zu einem Rückgang des Menschenhandels zu sexuellen Zwecken führt, in der Erwägung, dass in der Studie ebenfalls die Aussage gemacht wird, dass die Modelle, die mehr Opfer zu erzeugen scheinen, regulatorisch sind (Niederlande, Deutschland und Österreich), wogegen das Modell, dass weniger Opfer zu erzeugen schein, prohibitionistisch ist (Schweden),
- F. in der Erwägung, dass laut dem Bericht des US-Außenministeriums von 2004 dort, wo die Prostitution legalisiert oder toleriert wird, die Nachfrage nach Sexsklaven steigt, und dass die Legalisierung der Prostitution Märkte für kriminelle Unternehmen und einen sicheren Hafen für Kriminelle schafft,
- G. in der Erwägung, dass verschiedene Menschenrechtsorganisationen darauf hinweisen, dass anders als der Drogen- und Waffenhandel der Handel mit Menschen an sich ein Menschenrechtsmissbrauch und nicht nur eine strafbare Handlung ist,
- H. in der Erwägung, dass die Sexindustrie auf denselben ökonomischen Grundsätzen von Angebot und Nachfrage basiert wie jedes andere Gewerbe, und in der Erwägung, dass der IOM-Bericht von 2003 einräumt, dass eine steigende Verbrauchernachfrage zweifellos einer der Faktoren ist, die zum Phänomen der Zwangsarbeit in der Sexindustrie beitragen,
- I. in der Erwägung, dass laut Schätzungen der niederländischen Organisation für die Rechte

¹ ECPAT Europe Law Enforcement Group (2001),

http://www.ecpat.nl/ariadne/loader.php/nl/ecpat/Rapporten/trafficking1/Trafficking_1_Introduction.pdf/

² International Labour Organisation (2005), " A global alliance against forced labour

http://www.ilo.org/dyn/declaris/DECLARATIONWEB.GLOBALREPORTSLIST?var_language=EN

der Kinder die Zahl der Minderjährigen, die in den Niederlanden der Prostitution nachgehen, von 4000 im Jahre 1996 auf 15000 im Jahre 2001 angestiegen ist, darunter mindestens 5000 ausländischer Herkunft,

Richtet die folgenden Empfehlungen an den Rat:

- a) Die Mitgliedstaaten sollten sich mit dem Problem des Menschenhandels unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten befassen, wenn man bedenkt, dass mehr als 80% der Opfer weiblich sind und diese Quote bei Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung auf 98% steigt.
- b) Zusätzlich zu der Notwendigkeit, darauf hinzuweisen, was getan werden sollte, um den Opfern zu helfen, ist es dringend geboten, dass sich die Mitgliedstaaten auch damit befassen, was für Männer es sind, die die Opfer ausbeuten.
- c) Die Mitgliedstaaten sollten erkennen, dass die Legalisierung der Prostitution den käuflichen Erwerb von Sex, auch von Opfern des Menschenhandels, erleichtert.
- d) Im Verlauf des Jahres 2006 sollte die Kommission eine weitere Bewertung des kausalen Zusammenhangs zwischen Gesetzgebung betreffend Prostitution und Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung vornehmen, wie von Kommissionsmitglied Franco Frattini am 8. März 2006 angeregt.
- e) Die Mitgliedstaaten sollten weiterhin untersuchen, wie die verschiedenen Prostitutionsgesetze sowohl den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung als auch die Zahl der Kinder in der Sexindustrie beeinflussen und danach die Ergebnisse zur Umsetzung bewährter Verfahren für die Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung nutzen.
- f) Die Mitgliedstaaten sollten wirksame Maßnahmen gegen sämtliche Fälle von Minderjährigen in der Sexindustrie treffen und dabei die Tatsache berücksichtigen, dass alle Personen unter 18 Jahren als minderjährig zu betrachten sind.
- g) Die Mitgliedstaaten sollten anerkennen, dass sowohl illegale als auch legale Sexdienste mit gravierenden Gesundheitsrisiken verbunden sind, da mehrere Studien belegen, dass 75-85% der Prostituierten Opfer von Gewalt sind, einschließlich Vergewaltigungen und der Häufigkeit ungeschützten Geschlechtsverkehrs mit dem damit verbundenen Epidemierisiko.
- h) Die Kommission sollte eine Kampagne zu den Gesundheitsgefährdungen der Sexarbeit einleiten.